



00:27

Demonstration der Studierenden in Bern

Aus News-Clip vom 01.10.2025

News > Schweiz >

Aktionstag gegen Sparpläne

Über 2000 Studierende demonstrieren gegen höhere Studiengebühren

Gestern, 18:38 Uhr

Aktualisiert um 20:05 Uhr

TEILEN

Mehr als 2000 Studierende haben in Bern gegen höhere Studiengebühren demonstriert.

Auf dem Bundesplatz wehrten sie sich gegen die geplante Verdoppelung der Studiengebühren und weitere Sparmassnahmen in der Hochschulbildung.

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) übergab eine Petition mit knapp 35'000 Unterschriften an die Bundeskanzlei.

Die Erhöhung der Gebühren ist Teil des Entlastungspakets 2027 des Bundesrats. Die Regierung schlägt vor, die Gebühren schweizweit für inländische Studierende zu verdoppeln und für ausländische Studierende zu vervierfachen. Dieser Schritt würde den Bildungsstandort Schweiz empfindlich schwächen, schreibt der VSS.

«Es ist ein direkter Angriff auf die Chancengleichheit», sagt Julia Bogdan, Co-Präsidentin des VSS, gegenüber SRF. «Es werden künftig nur noch die studieren können, die es sich leisten können und nicht die, die am meisten Talent, Durchhaltevermögen oder Wissen mitbringen.»

«Wer heute bei der Bildung spart, riskiert morgen einen Fachkräftemangel, weniger soziale Mobilität und eine Schwächung des Innovationsstandorts Schweiz», heisst es im Communiqué. 34'538 Personen haben die Petition unterschrieben.

Demonstration in Bern



1 / 5

Die Petitionsübergabe war Teil eines nationalen Aktionstags gegen die Sparpläne. Am Nachmittag war auf dem Bundesplatz eine nationale Kundgebung geplant. Bereits am Vormittag hatten sich nach Angaben der lokalen Sektion der Gewerkschaft VPOD rund 700 Personen auf dem Zürcher Helvetiaplatz zu einer Kundgebung versammelt.



Auch in Basel gab es Proteste zu den Sparplänen des Bundes.

SRF / HANNA GIRARD

In Lausanne nahmen laut einer Journalistin von Keystone-SDA rund 150 Personen an einer Protestveranstaltung auf dem Gelände der Universität teil. Auch in weiteren Städten fanden Aktionen statt.

Sparmassnahmen sind Grund für Erhöhung der Studiengebühren

Bei den geplanten Sparmassnahmen geht es unter anderem auch um Kürzungen beim Nationalfonds. Würden die Mittel wie geplant abgebaut, habe dies die Nichtfinanzierung von bis zu 700 Forschungsprojekten und rund 2000 Stellen zwischen 2026 und 2028 zur Folge, kritisierte der VPOD.

Der VSS ist der nationale Dachverband der Schweizer Studierendenschaften. Er vertritt nach eigenen Angaben die Interessen von über 140'000 Studierenden.